

Die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz veränderte die DDR und die Kirchen in ihr

Es gibt ein ökumenisches Heiligenlexikon, das das Leben und Wirken von 3.500 Heiligen und Seligen der katholischen, orthodoxen, protestantischen und anglikanischen Kirchen kurz beschreibt. Oskar Brüsewitz wurde zu Recht in dieses Werk aufgenommen. Wer war Oskar Brüsewitz?

Der 1929 in Willkischken/Memelland (heute: Litauen) geborene Brüsewitz fand nach Kriegsgefangenschaft und Vertreibung der Familie aus der ehemaligen Provinz Ostpreußen eine neue Heimat in Osnabrück. Dort legte er 1951 die Meisterprüfung als Schuhmacher ab. Eine gescheiterte Ehe bewog ihn 1954 zur Umsiedlung in den Raum Leipzig, wo er einen neuen Anfang wagen wollte. Nachdem Brüsewitz hier zunächst zehn Jahre lang in seinem gelernten Beruf tätig war, besuchte er von 1964 bis 1969 das Predigerseminar in Erfurt. 1970 wurde er Pfarrer in Droßdorf-Rippicha bei Zeitz (Sachsen-Anhalt). Mit missionarischem Geschick und unkonventionellen Ideen machte Brüsewitz schon bald über die Gemeindegrenzen hinaus von sich reden. Bekannt wurde der Pfarrer unter anderem durch seine Plakat-Aktionen, die er der Propaganda der DDR-Staatssicherheit entgegensetzte. Auf zunehmenden Druck der DDR-Staatssicherheit legte ihm die Kirchenleitung im Sommer 1976 nahe, die Pfarrstelle zu wechseln.

Soweit zur Biografie. Was hatte aber das 'Signal von Zeitz' uns damals zu sagen? Was hat uns dieses Signal 30 Jahre danach zu bedeuten? Die Reaktionen waren und sind bis heute kontrovers und auch ich selber bin zwischen verschiedenen Deutungen und Bedeutungen dieses Ereignisses hin- und hergerissen.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Situation in Kirche und Gesellschaft der DDR Mitte der siebziger Jahre. Die Hoffnungen auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wurden mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen im Frühling 1968 in Prag zunichte gemacht. Neue Hoffnungen im Zuge der Entspannungspolitik, doch wieder Erleichterungen erreichen zu können, gründeten ab 1973 auf der Serie von Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die Situation der Kirchen, auch der Evangelischen Kirchen, war kompliziert. Seit den fünfziger Jahren musste ein deutlicher Mitgliederschwund hingenommen werden. Der Staat hatte z. B. mit der weitgehenden Durchsetzung der staatlichen Jugendweihe gegenüber der evangelischen Konfirmation weltanschaulich in erheblichem Maße Tatsachen geschaffen. Viele in der Kirche versuchten, einen schmalen Weg zwischen Opposition und Opportunismus, zwischen totaler Verweigerung und totaler Anpassung zu gehen. Es sollte ein Weg einer konkret unterscheidenden Mitarbeit gefunden werden. Dieser fand auf der Eisenacher Bundessynode 1971 die Formulierung von der „Kirche im Sozialismus“. Genauer: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben: in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie. Denn sie ist durch ihren Auftrag allein an den gebunden, der als der Mensch gewordene Gott zur Rettung seiner Kreatur zu uns kam. ... Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.“ Was bedeutete aber diese vieldeutig auslegbare Formel? War dies eine Loyalitätsbekundung und eine Kapitulation vor dem Herrschaftsanspruch des Staates? War diese eine Absage an die Unterordnung unter den SED-Staat als Weigerung, Kirche für den Sozialismus zu sein? War dies Aufforderung, nicht abseits zu stehen bei den Bemühungen um einen menschlichen und demokratischen Sozialismus (wie er in Prag 1968 von den Panzern niedergewalzt wurde)? Oder war es eine rein geografische Ortsbestimmung? Das heißt, die Kirche geht von der Existenz des DDR-Staates und ihrer Gesellschaftsordnung aus und richtet sich darauf ein, unter diesen Bedin-

gungen die Botschaft des Evangeliums zu verkünden. Die Christen in der DDR waren sich nicht einig über den Weg, den ihre Kirchen zu gehen haben. Besonders stark von der stalinistischen Ideologie geprägt war das Bildungswesen und so machten die Kirchen zu Recht Fortschritte im Verhältnis Staat/Kirche davon abhängig, welche Erfahrungen der einzelne Christ vor Ort, und das hieß auch, jede Schülerin und jeder Schüler christlichen Glaubens, machen konnte. Da es an den Schulen die meisten Drangsalierungen gab, ist es in meinen Augen gar nicht verwunderlich, dass ein so für die Sache Jesu Christi engagierter Christ, wie Pfarrer Brüsewitz, seine Hauptanklage gegen die Zustände in den Schulen der DDR richtete.

Am besagten 18. August 1976 stellte er zwei Plakate erst an das Auto, dann auf das Dach, damit sie besser zu sehen sind. Darauf stand: „Funkspruch an alle: Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen, an Kindern und Jugendlichen.“

Die Frage stellt sich, in welcher Situation haben wir uns 1976 befunden. War es richtig, den Kirchenleitungen zu vertrauen, die versuchten, in Gesprächen Erleichterungen für das Christsein im Staat DDR zu erreichen, oder war es Zeit, schonungslos anzuprangern? Oskar Brüsewitz hat sich offensichtlich für den zweiten Weg entschieden.

Nachdem die Magdeburger Kirchenleitung die bestürzende Nachricht von der Selbstverbrennung Brüsewitz' erhalten hatte, musste sie umgehend handeln. Und dies geschah offensichtlich unter erheblichem staatlichem Druck. Aber nach meiner Einschätzung hat die Kirchenleitung dem staatlichen Druck standgehalten. In einer ersten Stellungnahme vom 21. August stellte sie sich solidarisch neben Oskar Brüsewitz als ihren Bruder, aber selbstverständlich konnte sie der Tat der Selbstverbrennung nicht zustimmen. Ein Christ darf nicht Hand an sich selber legen. Eine Selbstverbrennung konnte auch kein Beispiel für andere sein. So gesehen, ist es in meinen Augen auch ein Zeichen der Seelsorge, dass die Kirchenleitung in den Wochen vor diesem schrecklichen Ereignis Pfarrer Brüsewitz einen Wechsel in eine andere Pfarrstelle mit der Möglichkeit eines Neuanfangs angeboten hatte.

Die DDR-Führung betrachtete offensichtlich die Beisetzung von Pfarrer Brüsewitz als ein besonders brisantes Ereignis und versuchte, die Teilnehmer durch Einschüchterung und Abschirmung zu beeinflussen. Bischof Dr. Krusche befand sich auf einem Auslandsaufenthalt in Tansania, so dass der amtierende Bischof Probst Friedrich-Wilhelm Bäumer die Predigt hielt. In der Rückschau betrachtet tat er dies, so denke ich, klar und unbefangen. Freilich scheinen Predigten, die sich klar und deutlich ausschließlich auf das Wort Gottes beziehen, für den säkularisierten Betrachter manchmal nicht klar genug zu sein. Aber wer die kirchliche Sprache kennt, versteht das Wort Gottes deutlich. Bäumers Predigt war in meinen Augen vornehmlich eine Predigt für die Hinterbliebenen und für die christlichen Gemeinden in der DDR, die davon ausgehen mussten, noch viele weitere Jahre in der DDR-Diktatur leben zu müssen. Das 'Signal von Zeit' hat jedoch jeden, der in der Kirche Verantwortung trug, gezwungen, genau zu überlegen, welcher der richtige Weg der Kirche unter den Bedingungen der sozialistischen Diktatur ist. Kirchliches Handeln musste und muss möglichst eindeutig und möglichst wenig missverständlich sein. Der KSZE-Prozess ging weiter und hat nach meiner festen Auffassung schließlich zum Sturz der sozialistischen Diktaturen entscheidend beigetragen. Die Kirchen haben ihre Gespräche mit dem Staat weitergeführt, ohne ihre Identität zu verleugnen, aber ob jedes einzelne Gespräch tatsächlich hilfreich war, wird heute zu Recht einer kritischen kirchengeschichtlichen Betrachtung unterzogen. Im Nachhinein resümiert Altbischof Krusche: „Ganz ohne Zweifel haben wir bei unseren Reden die Hörfähigkeit unserer staatlichen Partner, ihr Einsichtsvermögen und ihre Bereitschaft zu Veränderungen bei wei-

tem überschätzt und bei manchem auch ihre moralische Integrität. Wir haben nicht wahrhaben wollen, dass es ihnen nur noch um die Erhaltung ihrer Macht ging.“ Pfarrer Brüsewitz hat mit seiner Selbstverbrennung ein Zeichen gegen Anpassung und laues Reden gesetzt. So ist es auch richtig, dass wir heute Oskar Brüsewitz als ökumenischen Heiligen sehen können.

Jürgen Scharf MdL
Vorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt